

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der ögl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Vorkosten monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint ögl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. **Sprechstunde:** nur montags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telefon 1769. **Geschäftszeit:** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. **Verkaufspreis** 20 Pf. **Inserate** müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 278.

Dresden, Dienstag den 1. Dezember 1908.

19. Jahrg.

Auf zum Massenprotest! In die Volksversammlungen heute abend!

Im Sumpf.

Die Wahlrechtsfrage in der Zweiten Kammer.

Die Herrschaften, die aus dem elenden Klassenwahlrecht ihre politische Existenz schöpfen und sich als „Volksvertreter“ im Landtag blähen, sollen ihr Klassenwahlrecht abschaffen und eine Wahlreform zur Zufriedenheit des schaffischen Volkes herbeiführen. Sie sollen sich gleich Münchhausen am eigenen Hops aus dem Sumpfe ziehen. Aus dem Sumpfe, in dem sie sich doch so wohl fühlen und in dem sie gern für immer sich wälzen möchten. Aber dem schaffischen Volk ist dieser Sumpf gewisser geworden, aus dem die Dünste aufsteigen und die politische Atmosphäre verpesten ...

Hast auf den Tag ist ein Jahr verflohen, seit die Hohenzollernsche Wahlvorlage zuerst in der Zweiten Kammer des Landtags behandelt wurde; jetzt erfolgt die „Schlußberatung“. Vor Jahresfrist bot sich ein köstliches Schauspiel, jetzt bietet sich ein noch köstlicheres Schauspiel. Die Zerfahrenheit, Unklarheit, Ratlosigkeit, Verwirrung ist heute schlimmer als je zuvor. Und angesichts dieses schmachvollen Zustandes ist die Unmöglichkeit und Ueberhebung, in der diese „Volksvertreter“ über die Rechte des Volkes abzuurteilen sich vermaßen, noch besonders widerwärtig. Selbstanspruch wird dabei nicht bestritten; und wenn diese Leute denjenigen ein vielstimmiges Stimmrecht verleihen wollen, die, wie sie vorgeben, durch Beschäftigung und Wert für den Staat besonders hervorragen, so sollten sie inwiefern so viel Selbsterkenntnis besitzen, daß sie in einem Verbesserungsvorschlag fordern, ihre eigenen werten Personen von jenem ihnen nicht gebührenden Privilegium zu entlasten. Nun — wozu braucht es da auch geistigen Aufwandes? Diese Leute wollen ja nur die Macht, in der sie sitzen, ausüben, und die Reden, die sie führen, brauchen nicht ernsthaftige Begründungen bringen, sondern nur betrügerische Verschleierrungen zur Verdeckung des schamlosen Unrechts.

Wie stehen die Dinge?
Drei Vorschläge liegen vor: Die ursprüngliche Regierungsvorlage; der Antrag der konservativen Deputationsmehrheit, sogenannter Eventualantrag, weil die Regierung „eventuell“ auf ihn zurückgehen zu wollen erklärt hat; der Antrag der Deputationsminderheit, den die Nationalliberalen vertreten.
Herr Hohenthal erklärte in der gestrigen Sitzung von neuem, an seiner ersten Vorlage, dem gemäßigten Wahlverfahren — teils Kommunalwahlverfahren, teils Pluralwahlverfahren mit einer Zusatzstimme und verbunden mit Verhältniswahl — festhalten zu wollen. Obwohl diese Vorlage seit ihrem ersten Erscheinen allgemeine Ablehnung erfährt, will Hohenthal nicht auf sie verzichten. Er hofft anscheinend aus der allgemeinen Verwirrung schließlich doch seine ursprüngliche Idee hervorzuziehen lassen zu können. Er rechnet wohl auf die Erste Kammer, auf die Grandseigneurie. Die völlig volksfeindliche Erste Kammer soll dies Wahlverfahren für die „Volkskammer“ entscheidend bestimmen!

Die Zweite Kammer selbst ist in zwei Lager zerfallen. Wir können absehen von den wenigen Freisinnigen, die sich hier den Luxus gestatten können, unentwegte Opposition zu spielen, da keine Blockade ihre Tugend auf die Probe stellt. Wir können auch absehen von einigen Einpännern wie dem Antikemler Zimmermann, der hallos zwischen allerlei Standpunkten hin und her schwankt. Im wesentlichen stehen sich „die beiden großen Parteien“ gegenüber: Konservativ und Nationalliberal. In der Wahlrechtsdebatte schlossen diese beiden zuerst das Kompromiß: Pluralwahlrecht in vierfacher Abstufung, Wähler mit einer, zwei, drei, vier Stimmen. Das Kompromiß kam so weit zustande, als es sich darum handelte, die beiden Parteien gemeinsamen Interessen zu sichern, als es darum handelte, die Arbeiterklasse zu überstimmen und zu entrechteten. Dann aber kam der berühmte „Wendepunkt“ bei der Wahlkreis-Einteilung. Da stehen konservativ und nationalliberale Interessen gegen einander. Die konservativen behaupten sich ihren Wahlkreisbesitz durch künstliche Wahlkreisgeometrie, durch die Bevorgung

der ihnen anhängenden Landbezirke gegenüber den Städten, wo die Nationalliberalen — natürlich auf Grund des Vierstimmensrecht — Erfolge erwarten. Da krochte das Kompromiß auseinander. Die Regierung aber schlug sich „eventuell“ ganz auf die konservative Seite. Sie forderte jedoch nicht das vierfache gestuften Wahlrecht zwei Klassen, einestells Wähler mit einer Stimme, andererseits Wähler mit vier Stimmen. Sie beeinträchtigte ferner die Nationalliberalen durch die Beschränkung des Verhältniswahlrecht auf die Großstädte, während die konservativen Landbezirke davon frei bleiben sollen. Die konservativen jubelten. Die Nationalliberalen sahen sich als betrogene Betrüger und steckten ihre Geldbeutel nunmehr in die Schweizer erschrecklicher Opposition.

Die dazwischen Reden in der Montagsitzung haben zu dieser Situation nichts Neues hinzugebracht. Klagen und Anklagen hinüber und herüber. Jeder jammert und beschuldigt den andern. Man weiß nicht ein noch aus. Die Unken sitzen im Sumpfe und quaken ein mißtöniges Sequale ...

Der Minister Graf Hohenthal hatte sich den Text seiner Rede sorgfältig ausgedacht. Er las seine Rede abeilig herunter und legte in seine Ausführungen den Ton bitterer Verstimmung. Er beschwerte sich gereizt, daß man seine Vorlage von Anfang an so heftig bekämpft habe. Nicht nur die sozialdemokratische Presse, von der der Herr Minister — mit Recht! — nichts anderes erwartete, habe ihn aufs heftigste bekämpft, selbst viele bürgerliche Blätter hätten Mißgunst gegen seine Vorlage getrieben, ohne die schwierige Aufgabe zu würdigen. Und doch sei seine Vorlage ganz vorzüglich gewesen. Sie sei, so leistete es sich der Minister, „dem Reichstagswahlrecht nahe“ gekommen, sie sei so „vollständig“, wie es gar nicht mehr möglich wäre. Sogar der Arbeiterschaft habe er „zu einer angemessenen Vertretung“ helfen wollen. So spricht der Minister von einer Wahlvorlage, die zuerst die Hälfte, dann mehr als ein Drittel der Abgeordneten der direkten Volkswahl vollständig entziehen und den kommunalen Klassenkollegien überantworten, die außerdem Wähler mit einfachem und Wähler mit doppeltem Stimmrecht schaffen soll. Wir können es schon begreifen, daß es den Minister, der ausdrücklich zur Herstellung der Wahlreform ins Amt berufen wurde, schmerzt, daß sein Vorschlag von allen Seiten gerügt wird. Er hat es sich aber selbst zuzuschreiben. Denn seine Vorlage ist nicht aus gerader, aufrichtiger, schlüchter Politik erwachsen, sie ist ein zusammengelügeltes Kunstprodukt, das niemand Freude bereiten konnte.

Für die konservative Partei sprach als Hauptredner, zweimal das Wort nehmend, der in allen Schlägen des konservativen Jesuitismus bewanderte advocatus diaboli Dpiz aus Treuen. Herr Dpiz unternahm, nach einer Ehrenrettung der samalen Dunkelkammerdeputation gegen die Angriffe der „übelgerathenen Presse“ die Verherrlichung der „Eventualantrags“. Er, der am Dreiklassenwahlrecht in erster Linie schuldig war und der es noch vor wenigen Jahren in seiner Unübersehblichkeit verteidigte, er pries jetzt, mit den gleichen advocatorischen Kniffen, das neue Vierstimmenssystem als einen „eminenten Fortschritt“. Züngelt noch hatte die konservative Fraktion die Verantwortung für die schroffe Einteilung der Wähler in Einstimmige und Vierstimmige der Regierung überlassen zu müssen erklärt. Jetzt nahm Dpiz getrost diese Verantwortung auf sich und seine Partei. Er hat sich dahin durchgerungen, daß diese Einteilung in zwei Klassen viel besser sei als die Einteilung des früheren Kompromisses in ein-, zwei-, drei- und vierstimmige Wähler. Wenn man „Staatsfreundliche“ und „Staatsfeindliche“ Wähler scheide, so solle man doch nicht unter den Staatsfeinden wieder „mehr und weniger treue“ unterscheiden! Der Advoкат kann alles, der Advoкат macht alles! Wenn nur die konservative Herrschaft gesichert wird — die Mittel und Wege sind jedesmal recht.

Als Vertreter der nationalliberalen Fraktion sprach der Abgeordnete Vogel. Abgeordneter Vogel mag sich für national-

liberale Bestrebungen eignen, aber er hatte eine Aufgabe, der auch ein weit geschickterer Politiker als er nicht gewachsen ist. Er sollte mit Gründen „des Prinzips“ und „der Gerechtigkeit“ die ablehnende Haltung seiner Partei zur Eventualantragsdarlegung, während doch die eigenen Vorschläge seiner Partei, abgesehen von der Frage der Wahlkreis-Einteilung, an Ungerechtigkeit sich getroffen mit der konservativen Eventualantragsdarlegung messen können und während doch der wirkliche Grund der nationalliberalen Ablehnung lediglich darin liegt, daß die Eventualantragsdarlegung das nationalliberale Sonderinteresse verleiht. Abgeordneter Vogel hatte das Unglück, Dpiz' Wort von den „Staatsfreundlichen“ und „Staatsfeindlichen“ Wählern zum Ruhme der Nationalliberalen nützen zu wollen. Er protestierte daß Pathos, daß Dpiz die Arbeiter „so allgemein als staatsfeindlich“ hingestellt habe, und er ließ den „nationalen Arbeiter“, den die Nationalliberalen „wieder für das Vaterland gewinnen wollen“, feierlich aufmarschieren. Dpiz diente den Nationalliberalen insofern nicht übel, als er in heftiger Gegenrede darauf hinwies, daß die nationalliberalen Vorschläge gleichfalls die Arbeiterschaft zu minderberechtigten Wählern machen. Es war ein tragikomisches Stückchen, da die Dpiz und Vogel sich im höchsten Wettbewerb ihres Wohlwollens für die Arbeiter rühmten — jetzt in dem Augenblick, da sie gemeinsam daran arbeiten, die Arbeiterschaft um das elementarste Staatsbürgerrecht, um die politische Gleichberechtigung zu pressen!

Aus den sonstigen Reden der Montagsitzung sind noch zwei Momente als Ergebnis zu verzeichnen. Einestells bestätigte es sich, daß auch eine Anzahl Konservative, wie Dürr und Dreyer, nicht für die Dpiz-Mehrheitliche „Eventualantrags“ stimmen will. Für diese Vorlage kann also höchstensfalls eine ganz geringfügige Majorität erzielt werden. Andererseits sprachen mehrere Redner — der Nationalliberale Dr. Schill und einige konservative Redner — die Erwartung aus, daß die Erste Kammer auf die erste Regierungsvorlage zurückgehen und daß auf diese Weise dann noch in letzter Stunde „etwas zustande kommen“ möge. Und es hat in der Tat fast den Anschein, als ob aus dem Schiffbruch aller anderen Experimente schließlich doch nochmals an Hohenthal zweipoliges System der Systemlosigkeit angeknüpft werden soll. Das Volkssprichwort sagt: In der Not frisst der Teufel Fliegen ...

Die Arbeiterschaft auf den Tribünen.

Während die Reden in der Kammer sehr wenig der großen Frage, die man behandeln, ansprachen — unser Freund Goldstein ist leider noch immer verhindert, den Verhandlungen beiwohnen —, erhielt dieser Verhandlungstag doch ein würdiges Gepräge durch die große Anteilnahme der Dresdner Arbeiterschaft. Schon lange vor Beginn strömten zahlreiche Zuhörer herbei. Die Tribünen waren rasch besetzt. Nicht nur auf den Sitzplätzen drängte sich Mann an Mann, auch die Zwischenräume und der hintere Raum waren von Hunderten besetzt. Auch engste zusammengedrängte, jeden Fuß breit benutzend, stand die Menge, um zu hören, wie die dort unten ihren neuen Entschuldigungsbericht. Auch die Frauentribüne war überfüllt. Noch niemals hatte der Landtag eine so ungemein starke Zuhörerschaft.

Die Tribünen folgten den Verhandlungen mit großer Eifer und sie ließen es sich nicht nehmen, einige Male als rühmender Chorus einzuzutreten. Oft ging bei besonders scharfen oder heuchlerischen Aussprüchen der reaktionären Redner, lebhafteste Bewegung und Erregung durch die Zuhörerschaft. Andererseits erhielt der Abg. Günther, da er gegen das Privilegienwahlrecht vorging und ein Wahlgesetz nicht für diese oder jene Partei, sondern für das ganze Volk befürwortete, Zustimmung, die ihm in der Kammer selbst fehlte, aus der Höhe der Tribünen. Besonders als Günther erklärte, das neue Wahlrecht würde Sachlen wieder zu einem roten Königreich wie 1908 machen, und als er dem Minister Hohenthal sagte, er werde für Förderung der Sozialdemokratie als „roter Graf von Hohenthal“ sorgen, da wurde das mühsam gehaltene Humme Zudren durchbrochen und die Tribünen bejubelten demonstrativ ihre Meinung zu den Vorgängen im Landtagssaal. Es war eine kräftige, nicht mißzuverstehende Kundgebung der Arbeiterschaft! Der Präsident Mehnert drohte wiederholt mit Raummang der Tribünen, doch „übte er Nachsicht“, um nicht die vorläufige Situation seiner Freunde noch weiter zu verschärfen und zu verschlimmern.

Im übrigen wird das arbeitende Volk in seinen Versammlungen am heutigen Dienstag abend Stellung zur Wahlrechtsfrage und zu den Willküren der herrschenden Parteien nehmen!

Handwritten notes in the left margin, including names like 'Herr...' and 'Frau...'